

Amstern... 60 000 Mark... Barmat...
Amstern... 60 000 Mark... Barmat...
Amstern... 60 000 Mark... Barmat...

Barmat droht mit Enthüllungen?

Berlin, 5. Februar. Wie eine Berliner Korrespondenz erfahren haben will, habe Julius Barmat der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, er besitze außerordentlich schwerwiegendes Material gegen Reichspostminister Höffe und den Zentrumsabgeordneten Lange-Hegemann, sowohl was die Amtsführung des ehemaligen Ministers betreffe, als auch nach der mehr privatgeschäftlichen Seite des genannten Abgeordneten. Barmat wolle sich aber nur im Notfall zu Enthüllungen nach dieser Seite hin entschließen.

Die Barmat-Beziehungen des Genossen Wels.

Ein Monopol für die Einfuhr von Arbeiterkleidung.

Berlin, 5. Februar. Der Herausgeber der bekannten „Preussischen Jahrbücher“, Dr. Walther Schotte, hat unlängst öffentlich die Behauptung aufgestellt, der Genosse Wels vom Parteivorstand wäre mit Herrn Barmat zusammen bei Herrn Wissell in der Zeit erschienen, als dieser Sozialdemokrat noch Reichswirtschaftsminister war, um ein Monopol für die Einfuhr von Arbeiterkleidung zugunsten Barmats zu verlangen. Herr Wissell hätte aber dieses und auch andere Monopolgesuche abgelehnt, worauf dann der Genosse Wels dafür gesorgt habe, daß Wissell durch den Genossen Robert Schmidt im Reichswirtschaftsministerium erseht wurde. Gegen diese Darstellung haben dann sowohl Wels wie auch Schmidt Berichtigungen erlassen. Der ehemalige Reichswirtschaftsminister Wissell hat sich aber nicht zum Wort gemeldet. Nun werden über jenen angeblichen Besuch des Genossen Wels bei Herrn Wissell Einzelheiten erzählt, die an sich durchaus geeignet sind, die Behauptungen Dr. Schottes glaubwürdig erscheinen zu lassen. Man sagt, Reichswirtschaftsminister Wissell habe das Verlangen seines Genossen Wels mit dem Hinweis abgelehnt, er müsse erst den Unterstaatssekretär v. Möllendorf als den Referenten seines Ministeriums befragen, worauf Genosse Wels geltend gemacht hätte, ob er denn ein Junge oder Mädchen sei, oder in einer Monarchie lebe, daß da erst ein Junfer v. Altmeister des früheren Systems gefragt werden müßte. Der Laie würde sich leicht klären lassen, wenn man Herrn Wissell und eventuell Herrn v. Möllendorf, den damaligen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums, vernähme. Träfen die hier aufgestellten Behauptungen zu, so hätte die Deffentlichkeit das größte Interesse daran, ein weiters Stück schlimmster geschäftlich-politischer Korruption nachzuprüfen.

Barmat auch in Holland angeklagt.

Internationale, Steuerschiebungen.

Zu den Behauptungen der Barmatvertreter im deutschen Untersuchungsamt, Barmat habe in Deutschland keine Steuern bezahlt unter Berufung auf seine Steuerpflicht in den Niederlanden, erfährt der „Preussische Courant“, daß Barmat auch in Holland mehrere Jahre lang keine Steuern geleistet habe unter Berufung auf seine angeblichen Steuerpflichten in Deutschland. Das letzte Wort in dieser Schwindelaffäre werde, wenn die Barmats wirklich in Deutschland abgeurteilt werden sollten, die niederländische Staatsanwaltschaft sprechen.

Ebert bestritten.

Berlin, 5. Februar. Wie die Blätter von zutändiger Seite erfahren, ist die in der „Berliner Börsenzeitung“ veröffentlichte Angabe, daß der Reichspräsident und seine Frau Liebesgabenpakete von Barmat erhalten oder sich für solche bedankt hätten, vollkommen unrichtig.

Gradnauer

Neist in einem Schreiben an den Untersuchungsausschuß die Sache so dar, daß er deutsches Geld in holländisches und helgisches Geld umzuwechseln gehabt hätte. Als er den Betrag später zurückgeben wollte, habe ihm Barmat erklärt, daß er ihn für beliebige Zwecke verwenden könne. Gradnauer habe dann die Summe für Wohltätigkeitszwecke verwendet und will den Nachweis hierfür erbringen.

Ein Dementi der sächsischen Staatskanzlei.

Die Staatskanzlei verbreitet folgende Erklärung:

„In der sächsischen Presse wird ein Bericht der „Berl. Börsen-Ztg.“ wiedergegeben, der die Behauptung aufstellt, daß die im Jahre 1920 zwischen der sächsischen Regierung und der Firma Barmat in Amsterdam getätigten Geschäfte durch Vermittlung des damaligen Ministerpräsidenten Buch erfolgt seien. Diese Behauptung ist unrichtig. Am 6. November 1920 ist in einer außerordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums, an der der Ministerpräsident nicht teilgenommen, auf Antrag des Ministers Schwarz die Bewilligung eines außerplanmäßigen Kredits von 75 Millionen Mark an das Wirtschaftsministerium zum Ankauf von Lebensmitteln beschlossen worden. Dieser Beschluß ist dann in einer unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Buch abgehaltenen ordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums vom 19. November 1920 bestätigt worden. In dieser Sitzung haben außer dem Ministerpräsidenten Buch teilgenommen die Minister Kühn, Dr. Reinhold, Dr. Harms und Dr. Seifert. Eine weitere Beteiligung in irgendeiner Form oder eine Vermittlung von Geschäften mit der Firma Barmat hat durch den Ministerpräsidenten Buch nicht stattgefunden.“

Der Gewährsmann der „Berliner Börsenzeitung“ über die Motive seiner Enthüllungen.

Berlin, 6. Februar. Die „Berliner Börsenzeitung“ erhält von ihrem Gewährsmann im Barmat-Standal folgende Erklärung:

„Meiner politischen Anschauung nach bin ich entschiedener Republikaner. Alle von mir aufgeführten Dinge waren mir schon seit September/Oktober v. J. bekannt; ich habe sie damals jedoch der Deffentlichkeit nicht unterbreitet, weil ich überzeugt war, daß das bei Veröffentlichung vor den Wahlen am 7. Dezember den republikanischen Parteien ungeheuren Abbruch hätte tun müssen. Wenn ich mich jetzt dazu doch entschlossen habe, so lasse ich mich ausschließlich von folgenden Motiven leiten:

1. In Paris war im Jahre 1921/22 ein Komitee aus der russischen Emigration gegründet worden, das den Zweck hatte, durch Spenden die Hungern in der Ukraine zu unterstützen. Dieses Komitee wandte sich an die verschiedenen Regierungen um Hilfe und erhielt u. a. von der amerikanischen Regierung ein staatliches Heereslager in Marseille zur Verwertung. Der Erlös sollte also den Hungern in der Ukraine zugute kommen. Herr Julius Barmat machte sich an dieses Geschäft heran, und das Ende vom Liede war, daß sämtliche Verwände von Barmat in Amsterdam eine Menge dieser Waren zur „Verwertung“ erhielten. Der Rest wurde einfach verschachert. In der Ukraine haben die Hungrigen keinen Rubel gesehen. Wir wissen alle längst, daß dort Millionen Menschen den Hungertod gestorben sind. Nun scheinen die Amerikaner und Franzosen dies alles in Erfahrung gebracht zu haben, und die Komiteemitglieder werden seit einiger Zeit fleißig verfolgt; sie sind aber in aller Welt verschwunden; nur Julius Barmat nicht. Vielleicht lassen sich heute in dieser Sache in Paris noch weitere Einzelheiten feststellen.

2. Die „Lodger Zeitung“ berichtet vor kurzer Zeit, daß Herr Henry Barmat vor seiner Flucht aus Llan (Sowjet-Ukraine) der dortigen „Tscheta“ (der berüchtigten russischen Mörderzentrale) angehört hat. Dieses haben auch holländische Zeitungen wiedergegeben, ohne daß jemand aus der Familie Barmat in Amsterdam dieses widerlegt hätte.

3. Die für mich feststehende Tatsache einer Massenkorruption und die Gefahr, daß alles im Sande verlaufen könnte.

4. Als aufrichtiger Republikaner wünsche ich, daß korruptiven Politikern schonungslos das Handwerk gelegt wird. Wer nicht aufgehört hat, menschlich zu denken und zu fühlen, den müssen zum mindesten die ersten zwei Punkte besonders berühren, und wer mit der Menschlichkeit und dem Idealismus noch nicht ganz ausgeräumt hat, kann solche Dinge unmöglich schweigend hinnehmen.

Im Anschluß hieran teilt der Gewährsmann noch einiges ergänzendes Material mit.

Berlin, 6. Februar. Die Mandatsniederlegung des vormaligen sozialistischen Reichszanklers Gustav Bauer ist der erste Fall im Zusammenhange mit dem Barmat-Standal, daß ein Abgeordneter sein Mandat auf Veranlassung seiner Partei niederlegen muß. Höffe und Lange-Hegemann haben zunächst nur erklärt, daß ihre Mandate als Reichstagsabgeordnete vorläufig ruhen. Bauer ist zu diesem Schritte, der sein Verschwinden aus dem politischen Leben zur Folge haben muß, gezwungen gewesen, weil die durch die Untersuchung als wahr erwiesenen Tatsachen im Widerspruch zu der Zeugenaussage Bauers vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages stehen.

Bauer wird sich nun noch einmal vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages verantworten haben. Voraussetzlich wird seine Vernehmung dort mit der Vernehmung des Berliner Polizeipräsidenten Richter am Montag vereinigt werden. Bauer hat im Untersuchungsausschuß seiner Partei zugegeben, daß der von dem Berliner Rechtsblatt veröffentlichte Brief tatsächlich existiere. Er erklärte zwar, daß er in vielen Einzelheiten unrichtig sei, trotzdem konnte Bauer im Widerspruch zu seinen Aussagen, die er vor dem Untersuchungsausschuß des Landtages machte, den Inhalt des Briefes nicht verteidigen. Man kam infolgedessen in dem sozialdemokratischen Untersuchungsausschuß zu dem Entschluß, von Bauer zu verlangen, daß er sofort sein Reichstagsmandat niederlege, welchem Verlangen Bauer ohne weiteres nachkam.

Gewiß, die Sozialdemokratie hat in diesem Korruptionsfalle schnell gearbeitet. Aber das ist für sie keine Entlastung, denn es handelt sich hier um Vorgänge, in die nicht nur einer, sondern offenbar ein großer Teil ihrer Führer verwickelt ist. Inzwischen hatte auch die Berliner Börsenzeitung in zwei längeren Darstellungen wesentlich neue Gesichtspunkte zu der großen Korruptionsaffäre vorgebracht. Ebert, Scheidemann, Gradnauer, ein Finanzrat der Seehandlung usw. waren beschuldigt worden, von Barmat Geschenke empfangen zu haben. Es sind daraufhin, wie üblich, bei der Börsenzeitung und anderen Blättern Dementis eingelaufen, die tatsächlich keine Dementis sind. Bspielweise hat Herr Gradnauer zugeben müssen, daß er tatsächlich Beträge vom Barmatkongern erhalten hat, die nicht zurückgefordert, sondern deren Verwendung ihm, dem Schuldner, anheimgestellt wurden. Der Oberfinanzrat Dr. Habbenau muß gestehen, daß er sich bei seinem Besuch in Holland tatsächlich ein Produkt der Delfter Projektionsmanufaktur habe schenken lassen. Wegen der Liebesgabenpakete, die an Ebert, Scheidemann usw. gegangen sind, glaubt der Gewährsmann der Börsenzeitung in der Lage zu sein, heute Namen und Adresse der holländischen Firma angeben zu können, die die Liebesgaben der Barmats verschickt hat.

Ob nun schließlich eine Liebesgabe mehr oder weniger nachgewiesen wird, spielt angesichts der erwiesenen Tatsachen gar keine Rolle mehr. Es ist kein Zweifel daran, daß eine Reihe verantwortlicher Persönlichkeiten Geschenke von Barmat genommen hat, die dieser schlaue Geschäftsmann in der Erwägung auf Unterkonten schrieb, daß ihm dafür wirtschaftspolitische Vorteile in Deutschland eingeräumt würden.

Barmat als Butterhändler.

Merkwürdige Bevorzugungen.

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: Während von denjenigen Reichsstellen, die seinerzeit mit den Gebrüder Barmat große Lieferungsverträge für

das Reich abgeschlossen haben, nachträglich als Untergünstiger vorgebracht wird, man sei damals über diese Firma nicht hinreichend unterrichtet gewesen, wird jetzt von zutändiger Seite auf eine Eingabe der „Butterhandelsvereinigung“ aus dem Jahre 1919 an das Reichswirtschaftsministerium verwiesen, in der vor den Barmats eindringlich gewarnt wurde. Die Eingabe betont, daß die eigene Einkaufstätigkeit der Reichsstelle für Speisefette, bzw. des Reichswirtschaftsministeriums Mißstände zum Schaden der deutschen Zahlungskraft und der Lebensmittelversorgung zur Folge gehabt habe. Das gelte besonders für die Angelegenheit Barmat, die allein in einem Fall außer dem Verlust von über 10 Millionen Mark einen

Verlust von 40 Waggons.

also 400 000 Kilogramm bester Butter nach sich gezogen habe. In der Eingabe wurde ferner gerügt, daß die Behörden den Barmats Millionenaufträge auf Lieferung von Butter erteilt hätten, ohne überhaupt Erkundigungen über diese Firmen einzuziehen, ohne einen Fachmann zu befragen und ohne sich auch nur einen flüchtigen Einblick in die Barmats einmal überhaupt nicht erfüllt hatten, habe ihnen das Ministerium einen zweiten Auftrag zu Preisen und Bedingungen gegeben, die weit ungünstiger gewesen seien, als die Lieferungsbedingungen einer Reihe von ersten deutschen Firmen in jener Zeit. Auch diesen Auftrag habe Barmat nur zum kleinsten Teil ausgeführt und sei dann von allen Verpflichtungen befreit worden, während im gleichen Falle jeder deutsche Händler rücksichtslos auf Erfüllung in Anspruch genommen worden wäre.

Zu den Angriffen auf die Allgemeine Garantiebank A.-G., die zum Barmat-Kongern gehört und bei der die Post- und Staatsbankkredite versichert sind, erfahren wir von unterrichteter Seite: Die Staatsanwaltschaft hatte dieser Bank, wie auch den übrigen Betrieben des Barmat-Kongerns, einen Besuch abgestattet, ohne jedoch irgendwelche Schritte gegen die Leiter der Bank zu unternehmen. Es liegen bisher keinerlei Anzeichen vor, daß Maßnahmen der Staatsanwaltschaft gegen die Garantie-Bank beabsichtigt seien, deren Leiter jegliche strafbare Handlung entschieden in Ufede stellen. Tatsache ist es, daß die anderen Versicherungsgesellschaften, bei denen die Millionenkredite rückversichert worden sind, im Hinblick auf den Verkauf der Barmat-Affäre alle Anstrengungen machen, um sich aus irgendwelchen Gründen ihren Verpflichtungen zu entziehen, indem sie den Einwand der Täuschung erheben. Angeblich sollen sie insbesondere behaupten, es sei ihnen seinerzeit nicht bekannt gewesen, daß die Allgemeine Garantiebank an dem Barmat-Kongern übergegangen sei. Demgegenüber wird an unterrichteter Stelle betont, daß im Juni/Juli 1924 der Übergang der Garantiebank an den Barmat-Kongern überall bekannt gewesen, die Rückversicherung für den Hauptteil der Millionenkredite bei den verschiedenen Versicherungsgesellschaften jedoch erst im August/September vorigen Jahres vorgenommen worden sei. Im übrigen hätten die verschiedenen Versicherungen anstandslos bisher die von der Garantiebank bezahlten Prämien entgegengenommen. Ebenso sei ihre Forderung einer Erhöhung des Kapitals der Garantiebank auf 1 1/2 Millionen Mark innerhalb der gestellten Frist ausgeführt worden.

Ein neuer Skandal.

Um das Maß voll zu machen, wird sich die Deffentlichkeit auch mit der seinerzeit viel besprochenen Verwältigung p fälzlicher Wälder durch die Himmelsbach A.-G., der bekanntlich der frühere Reichszankler Dr. Wirth angehört und die über Beziehungen bis in die höchsten Regierungskreise verfügt, zu beschäftigen haben. Es handelt sich hier bekanntlich um einen unerhörten Raubbau, zu dem sich auf Grund von Verträgen mit der französischen Behörde die Himmelsbach A.-G. hergab und der damit endete, daß ganze Wälder abgeholt, ein großer Teil der gefällten Bäume aber einfach an Ort und Stelle liegen gelassen wurde, so daß bedeutende Mengen glatt verfaulten. Auch hier handelt es sich um Beträge zwischen einer deutschen Firma und den Befehlsgewaltigen, von denen die Regierung nichts wußte, die sogar in den maßgebenden französischen Kreisen nur einem Teil von Befehlsgewaltigen bekannt waren. Der Fall Himmelsbach wird zwar jetzt als Beleidigungsklage gegen den Herausgeber einer Zeitschrift aufgegriffen, im Verlaufe der Verhandlungen wird sich aber der Spieß unbedingt gegen die Himmelsbach A.-G. selbst drehen. Es wäre zu wünschen, daß die Reichsbehörden sich ebenfalls etwas eingehender mit der ganzen Angelegenheit beschäftigen, schon deswegen, weil es nicht ganz ausgeschlossen erscheint, daß auch hier verschiedene Parlamentarier eine Rolle gespielt haben, die dringend der Aufklärung bedarf.

4. Klasse 186. Sächsische Landeslotterie.

Ziehung am 5. Februar. (Ohne Gewähr.)

50 000 M auf Nr. 111292.
25 000 M auf Nr. 5579.
3 000 M auf Nr. 17577 35847 114548.
1 000 M auf Nr. 691 31536 57895 96461 108940.
500 M auf Nr. 4917 15953 30304 36221 50499 54184
55485 55584 56585 62223 83987 99525 116190.
250 M auf Nr. 3473 9146 9800 14816 10541 20251
22625 26269 27064 27403 28252 28563 29425 38862 52726
55454 56203 58192 60363 61297 64239 65082 66536 66826
68573 70115 71016 72410 8202 83216 84143 88245 89396
91323 97660 98097 100378 102710 105040 107908 112267
115180 116398 116886 119552 119740.

Witten. Am Sonntag vorm. 1/8 Uhr deutsche Abendmahlsfeier, 1/9 Uhr deutscher Gottesdienst, 1/11 Uhr Ringergottesdienst. — Mittwoch, abends 8 Uhr, im „Goldenen Engel“: Frauenerfammlung mit Vortrag von Fräulein Nagel „Die soziale Botchaft der Kirche und die Frau“. — Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Jugendheim.

Wehrsdorf. Sonntag, 9 Uhr: Predigtgottesdienst; 1/11 Uhr: Kirchengemeindevertreterfistung; 1/2 Uhr: Taufe. — Dienstag, 8 Uhr: Jungmännerverein. Abends 8 Uhr, im Erbgericht Vortrag von Fräulein Nagel aus Dresden über „Die soziale Botchaft der ev. Kirche und die Frauen“. Alle Frauen und Mädchen der Gemeinde sind herzlich eingeladen. — Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde. — Freitag, 8 Uhr: Jungfrauenverein.

Beerdigt: Christiane Wilhelmine Bitterlich geb. Schulze, 69 Jahre 6 Mon. 10 Tage alt.